

Ehrenamt-News

Informationen
Meinungen
Berichte

Sonderausgabe: Wahlprüfsteine

4. 2008



Ehrenamt in aller Munde

Die CDU-Landtagsfraktion hat eine Große Anfrage zum Ehrenamt an die Landesregierung gerichtet (19.12.2006). Die Antwort der Landesregierung ist am 9. Oktober 2007 veröffentlicht worden. In der Landtagssitzung vom 20. August 2008 ist dann das Thema Ehrenamt mit Stellungnahmen der Parteien zur Antwort der Landesregierung aufgerufen worden.

Neben der Bundesratsinitiative für zivilrechtliche Haftungsbeschränkungen hat die Landesregierung sich stark gemacht für die Ehrenamt-Card in den Gemeinden, Sonderurlaub bzw. Dienstbefreiung für Jugendleiter in Freizeitmaßnahmen und eine Ehrenamt-Anstecknadel mit Brilliant.

Mit einem Schlag war das Thema Ehrenamt in aller Munde, die Medien im Saarland haben ausführlich – mitunter auch kritisch – berichtet.

Die Aufmerksamkeit für die Thematik des Bürgerengage-

ments hat uns natürlich gefreut. Wir hoffen, dass es aber kein Strohfeuer war. Die lange zeitliche Spanne zwischen der CDU-Anfrage und der Landtagssitzung (20 Monate) spricht nicht von großem Interesse an diesem Thema.

Der Vorstand von PRO EHRENAMT hat deshalb im Januar 2008 einen 15-Punkte-Katalog formuliert, um den Stellenwert, die Bedeutung und die Zukunft des Bürgerengagements bei den politischen Parteien im Saarland zu hinterfragen.

In dieser Sonderausgabe der Ehrenamt-News geben wir Ihnen die Antworten auf die „Wahlprüfsteine“ zur Kenntnis.

Wir möchten damit den Menschen im Ehrenamt, in der Freiwilligenarbeit und in Selbsthilfegruppen die Chance geben, sich ein umfassendes Bild der gesellschaftlichen Einschätzung des Bürgerengagements zu machen. Oft sind das ge-

sprochene Wort und die tatsächliche Tat weit voneinander entfernt.

Wenn man die Arbeit der freiwillig und ehrenamtlich Tätigen ernst nimmt, muss Mitverantwortung und Mitgestaltung zugelassen werden, müssen auch die Rahmenbedingungen für ein „staatstragendes Bürgerengagement“ stimmen.

Urteilen Sie selbst, wie die politisch Verantwortlichen in unserem Lande dieser Aufgabe und Zielsetzung gerecht werden.

Ihr

Für den Vorstand von PRO EHRENAMT

Wir kümmern uns um die Senioren

Fünfzehn Personen sind über ein halbes Jahr intensiv mit Fragen der Seniorensicherheit vertraut gemacht worden. Verkehrssicherheit, Bankgeschäfte, Gaunereien im Internet, bei Kaffeefahrten, Sicherheit im Haushalt und vor Einbruch. Dabei sollen die 280 000 Menschen über 60 Jahre im Saarland Informationen erhalten, Hinweise zu Gefahrenquellen und einfache Hilfestellung, damit die Angst vor persönlicher Bedrohung nicht zum Rückzug aus der Gesellschaft führt. Vielmehr steht der Präventivgedanke im Fordergrund.

Die ehrenamtlichen Seniorensicherheitsberater sollen vor Ort in Seniorenbüros, bei Seniorenvereinen, in Altersheimen oder bei den Seniorenbeiräten der Städte und Gemeinden diese

Informationen anbieten. Mit dem umfangreichen Ausbildungskonzept haben die neuen Seniorensicherheitsberater jetzt eine CD zur Hand, die alle Fragen sachkundig behandeln lässt. Die Ausbildung hat in Zusammenarbeit mit dem Landesseniorenbeirat, der Landeskriminalpolizei, dem Weißen Ring und PRO EHRENAMT stattgefunden. Staatssekretär Müllenbach (unser Bild Dritter von rechts) übergab die Zertifikate im Rahmen einer kleinen Feierstunde im Mehrgenerationenhaus der LAG PRO EHRENAMT. Anfragen zur Beratung bei LAG PRO EHRENAMT, Nauwieser Straße 52, 66111 Saarbrücken, Tel. 0681/3799-264 oder Fax 0681/3799-269 oder Email lag@pro-ehrenamt.de oder über die Ehrenamtbörsen

des Regionalverbandes Saarbrücken, Stengelstraße 10, Tel. 0681/506-5347 oder Fax 0681/506-5395 oder Email Marianne.hurth@rvsbr.de.





Ehrenamt-News

Frage 1:

Demokratisches Denken und Handeln ist nicht individuelles Tun im Sinne eines egoistischen oder egozentrischen Daseins, sondern von Anfang an und konstitutiv auf der Gemeinschaft der Menschen aufgebaut. Demokratie muss von der Gemeinschaft gelebt werden, sie muss in der Lebenswelt und Alltagskultur der Menschen vorgelebt werden. Bürger der Zivilgesellschaft können durch den Aufbau einer Beziehungskultur und durch gemeinsames Handeln zur Lösung von Aufgaben und Problemen in der näheren Umgebung, im Stadtteil, in der Region beitragen. Unterstützen Sie diese Sicht eines Demokratieverständnisses und wenn ja, wie wollen Sie zur Umsetzung und Verwirklichung beitragen?



Die Frage zielt im Kern auf die Idee der Bürgergesellschaft, also die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, Verantwortung zu übernehmen und die Bereitschaft der Politik, die Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung des Gemeinwesens mitwirken zu lassen.

Alle Erfahrungen zeigen: wer bürgerschaftlich denkt und handelt, löst Probleme gemeinschaftlich und ist in der Lage, die Perspektiven anderer einzunehmen. Bürgerengagement führt zu einem Zuzugewinn an sozialen Kompetenzen auf der Seite der Bürgerinnen und Bürger und damit auch zur Verbesserung der Fähigkeit unserer Gesellschaft, sich selbst zu organisieren. Eine lebendige Bürgergesellschaft ist deshalb für ein modernes Saarland ebenso wichtig wie eine funktionierende Wirtschaft oder ein gutes Bildungssystem.

Dabei können weder das Konzept einer Bürgergesellschaft noch der Weg dorthin verordnet werden. Der Politik kommt die Aufgabe zu, Rahmenbedingungen und Anreize zu schaffen, um bürgerschaftliches Engagement zu fördern. Im Saarland wurden dazu wichtige Projekte angestoßen und initiiert, wie z.B. der Versicherungsschutz im Ehrenamt, die Begrenzung der Haftung von ehrenamtlich tätigen Vereinsvorständen, die rechtliche Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements (Aufstockung Übungsleiterfreibetrag) oder der Sonderurlaub für das ehrenamtliche Engagement in der Jugendarbeit. Für eine weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen im Ehrenamt gilt es sich auch zukünftig einzusetzen.



Dieses Demokratieverständnis unterstützen wir ausdrücklich. Unsere Demokratie lebt vom Mitmachen, von der Beteiligung und vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb sprechen wir uns auch für stärkere Beteiligungsmöglichkeiten aus, z.B. durch eine Herabsetzung der derzeitigen Hürden bei Volksentscheiden oder durch unsere Forderung, Kinder und Jugendliche stärker an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Die zahlreichen Beiräte, die es insbesondere auf kommunaler Ebene gibt, stellen eine gute Möglichkeit dar, wie sich Bürgerinnen und Bürger einbringen können. Die SPD wird die bereits bestehenden Möglichkeiten stärken und ausbauen.



Die Liberalen

Für uns als Liberale sind Eigenverantwortung und Eigeninitiative Eckpfeiler einer funktionierenden Gesellschaft. Das Engagement des Einzelnen ist und bleibt für die Bürgergesellschaft unverzichtbar. Deshalb ist es für uns selbstverständlich, dass Problemlösungen nicht einfach von der Politik „von oben“ verordnet werden können und dürfen, sondern dass Initiativen von Bürgern einen wichtigen Beitrag leisten. Ausdruck dieses Engagements sind für uns auch Elemente der direkten Demokratie wie Bürgerbegehren oder Volksbegehren. Die geltenden rechtlichen Hürden für diese Form der Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungsprozessen sind aber nach wie vor zu hoch im Saarland. Deshalb haben wir Initiativen für niedrigere Hürden für die direkte Demokratie ergriffen und werden uns auch weiterhin für entsprechende Verbesserungen einsetzen.



Selbstverständlich unterstützen wir Grüne demokratische Prinzipien. Demokratie („Volksherrschaft“) geht nicht ohne Volk, auch die zweite Definition von Demokratie („Prinzip der freien und gleichberechtigten Willensbildung und Mitbestimmung in gesellschaftlichen Gruppen“) geht nicht vom Individuum, sondern von der Gemeinschaft aus. Gerade für die Stärkung dieser „Basis“, für deren Wohl und Rechte treten wir ein. Gemeinsames Handeln und Entscheiden macht eine demokratische Gesellschaft aus und hält sie zusammen. Dafür sind jedoch auch Handlungs- und Entscheidungsspielräume notwendig. Über Mitwirkungs- und Entscheidungsspielräume können sich Einzelne konkret einbringen. Wir wollen diese auf allen Ebenen stärken. Auf Landesebene beispielsweise setzen wir uns für verbesserte Rahmenbedingungen bei Volksentscheiden ein.

DIE LINKE.

Wir wollen als LINKE freiheitliche, demokratische und partizipative Strukturen der Gesellschaft festigen. Niemand darf benachteiligt werden. Eine Gesellschaft der individuellen Freiheit und der Solidarität, in der jede und jeder gleichberechtigt, auf selbstbestimmte Art und Weise und in sozialer Sicherheit am gesellschaftlichen oder kulturellen Leben teilhat - das ist die politische Grundidee der LINKEN.

Bürgerschaftliches Engagement ist nicht nur eine individuelle Entscheidung. Es wird auch stimuliert durch Tradition, Werte, die Art und Weise der Organisation der Gesellschaft, die Verteilung von Verantwortung und nicht zuletzt durch wirtschaftliche Entwicklungen.

Wir messen der ehrenamtlichen Tätigkeit einen hohen Stellenwert zu. Ehrenamt lebt vom Engagement zahlreicher Menschen, das vor allem Ausdruck dafür ist, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Dinge selbst in die Hand nehmen und ihre Interessen selbst verwirklichen wollen und können. Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt sind unverzichtbare Bestandteile eines funktionierenden Gemeinwesens. Es ist Aufgabe der Politik, dafür günstige Rahmenbedingungen zu schaffen. Dazu gehören eine entsprechende Infrastruktur, personelle und finanzielle Ressourcen sowie eine Kultur der öffentlichen Anerkennung. Dabei grenzen wir uns von Auffassungen ab, die im Ehrenamt lediglich einen „kostenlosen Ersatz“ für das sehen, was der Staat nicht mehr zu leisten vermag. Im freiwilligen bürgerschaftlichen Engagement kommen unzählige gesellschaftliche und individuelle Bedürfnisse zum Ausdruck und werden von der Gesellschaft und ihren Individuen auch selbst realisiert. Das macht unser Leben vielfältiger und reichhaltiger – und deshalb muss man das Ehrenamt fördern und unterstützen, jedoch nicht von „oben herab“ gänzlich.

BÜRGERBÜNDNIS

Insgesamt ist darauf hinzuwirken, dass die Bürger wieder stärker an der Gestaltung ihres eigenen sozialen Umfeldes in Kindergärten, Schulen, Kirchen, Vereinen und Sozialeinrichtungen mitwirken und sich mit eigenen Leistungsbeiträgen einbringen. In den letzten Jahren lässt sich feststellen, dass ehrenamtliche Leistungsbeiträge vielfach immer nur auf einzelne und wenige Bürger und meist immer dieselben konzentriert sind. Bei Schul- und Kirchenfesten stellt man fest, dass viele Bürger sich eher auf eine reine Konsumentenhaltung zurückziehen und eigenes ehrenamtliches und unentgeltliches Engagement deutlich zurückgeht. Hier bedarf es im persönlichen sozialen Umfeld schon einer gezielten Ansprache, um neue Leistungsträger für ein ehrenamtliches Engagement für die Gemeinschaft zu gewinnen.

Beispiele:

Nachdem wir den Förderverein Grundschule am Homburg gegründet, viele erfolgreiche Projekte abgewickelt, eine prall gefüllte Kasse hatten und unsere Kinder die weiterführenden Schulen besuchten, hatten wir erhebliche Schwierigkeiten Nachfolger für den Vorstand zu gewinnen, weil ausschließlich Interesse an der von uns mit erheblichem Aufwand eingeführten nachschulischen Betreuung bestand. Erst die „Drohung“ zur Auflösung des Vereins und Verteilung der vorhandenen Finanzmittel von damals über 10.000,— DM brachte einen Mutigen hervor, der dies im Anschluss zu Hause seiner Ehefrau „beichten“ musste, die ihm eingeschärft hatte auf keinen Fall mit einem Amt von der Sitzung nach Hause zu kommen.

Im Sportverein gehöre ich der Sportabzeichengruppe an. Jedes Mal, wenn es um das Kindersportfest geht, werden wir um ergänzende Mithilfe gebeten. Die Eltern der Kinder ziehen sich hingegen weitgehend zurück, kümmern sich allenfalls um ihre Kinder und nehmen vielfach die vorgenannte Konsumentenhaltung ein (der Verein ist ja Veranstalter und wird es schon richten; dass hierzu die bescheidenen Beiträge nicht ausreichen, dürfte allseits bekannt sein).



Ehrenamt-News

Frage 2:

Es gibt im Saarland keine genauen Zahlen zum ehrenamtlichen Engagement. Die Zahlen schwanken von 189 000 bis 380 000 Personen. 1997 ist letztmalig eine Befragung durchgeführt worden. Sind Sie der Meinung, dass eine wissenschaftliche Untersuchung zum ehrenamtlichen Engagement im Jahre 2008 wichtig ist?

CDU

Es ist wichtig, die Möglichkeiten zur Erfassung und Auswertung statistischer Daten in diesem Bereich - auch und insbesondere hinsichtlich alters- und geschlechtsspezifischer Merkmale - zu verbessern. Dafür werden wir uns weiter engagieren, denn Angaben vermitteln nicht zuletzt wertvolle Anhaltspunkte hinsichtlich notwendiger Verbesserungen der Rahmenbedingungen für ein breites bürgerschaftliches Engagement. Allerdings hat die von der CDU-Landtagsfraktion an die Landesregierung gestellte Große Anfrage betreffend Ehrenamt im Saarland gezeigt, dass ein umfassendes Gesamtbild des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements kaum zu erlangen sein wird.

SPD

Mit einer wissenschaftlichen Untersuchung können genauere Zahlen und Fakten zum ehrenamtlichen Engagement im Saarland gewonnen werden. Diese bilden eine wichtige Grundlage, wenn es darum geht, die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement im Saarland weiter zu verbessern. Insofern halten wir eine wissenschaftliche Untersuchung für wichtig.

FDP

Die Liberalen

Eine sichere Datengrundlage ist in vielen Bereichen eine wichtige Voraussetzung, wenn man die richtige Entscheidung treffen will. Sicher kann eine Datengrundlage aber nur sein, wenn sie hinreichend aktuell ist. Zahlen aus dem Jahr 1997 sind vor diesem Hintergrund im Jahr 2008 nicht mehr aktuell genug. In diesem Sinne brauchen wir eine neuere Untersuchung zum ehrenamtlichen Engagement im Saarland. Eine solche Untersuchung darf sich aber nicht auf die Erhebung von bloßen Zahlen beschränken, sondern muss neben quantitativen auch qualitative Aspekte berücksichtigen. So könnte man durch entsprechende Erhebungen etwa auch ermitteln, woran es liegt, wenn Menschen sich nicht ehrenamtlich engagieren, oder wo aktive Ehrenamtler die größten Hindernisse für ihre Tätigkeit sehen. Nur wenn auch Erkenntnisse zu diesen qualitativen Aspekten gewonnen werden, können die Weichen für das Ehrenamt in der Zukunft richtig gestellt werden.

Wahlprüfsteine



Ja, absolut. Wenn wir nicht wissen, über was wir reden, können wir keine Fortschritte erzielen. Auch halten wir das Jahr 2008 für geeignet: Nächstes Jahr sind verschiedene Wahlen im Saarland, und das Thema Ehrenamt dürfte so ein ihm zustehendes höheres Maß an Gewicht in der politischen Arbeit der Parteien erhalten. Ehrenamtliche Arbeit kann sich – unterstützt mit Fakten – wesentlich besser darstellen und Engagement muss bei entsprechender Transparenz von allen mehr wahrgenommen werden. Dabei erwarten wir uns auch, dass z.B. das ehrenamtliche Engagement von Frauen an Bedeutung zunimmt und auch dasjenige, das in Migrantenorganisationen geleistet wird.

DIE LINKE.

Für die Zukunftsfähigkeit einer demokratischen Gesellschaft ist bürgerschaftliches Engagement eine wesentliche Voraussetzung. Dieses Engagement ist in den vergangenen Jahren weiter gestiegen – deshalb ist eine wissenschaftliche Untersuchung zum Ehrenamt eine wichtige Fördergrundlage. Ausbau der Datenerhebung zum Ehrenamt und zur Gemeinnützigkeit, um den Wissensstand über die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements und die Wirkung steuerlicher und außersteuerlicher Förderinstrumente auszubauen.

BÜRGERBÜNDNIS

Eine solche Erhebung wäre sicher sehr interessant. Aber allein eine flächendeckende Umfrage und deren Auswertungen dürfte sich bei Entwurf eines entsprechenden Fragebogens, dessen Versand und Verteilung, Kontrolle der Rückläufe und einer soliden Auswertung für das gesamte Saarland recht schnell auf Kosten von 100.000 bis 200.000, Euro, wenn nicht gar mehr, belaufen.



Ehrenamt-News

Frage 3:

Im Bildungsurlaubgesetz können bis zu fünf Tage für gesellschaftliche Aufgaben als Fortbildung anerkannt werden. Fortbildungen für ehrenamtliche Aufgaben werden oft nicht als gesellschaftliche Aufgaben anerkannt. Stimmen Sie zu, dass bei einer Gesetzes-Novelle die ehrenamtlichen/freiwilligen Aufgaben als gesellschaftliche Aufgaben expressis verbis aufgeführt werden sollen?



Grundlage des aktuellen Gesetzgebungsverfahrens ist bisher ausschließlich das Vertragsverletzungsverfahren durch die Europäische Kommission hinsichtlich der Beschränkung der Anerkennungsfähigkeit von Bildungseinrichtungen für Bildungsfreistellung auf saarländische Einrichtungen.

Mit dem sich derzeit im Anhörungsverfahren befindlichen Gesetz wurden entsprechend eines Beschlusses der Staatssekretärsrunde ausschließlich diese Regelungstatbestände europarechtskonform geändert.

Eine mit Ihrer Anfrage verbundene Ausweitung der Anspruchsgrundlage auf Freistellung scheint derzeit nicht durchsetzbar, zumal sich das Gesetz nach Freigabe durch den Ministerrat bereits in der externen Anhörung befindet.

Deshalb wäre es zielführender, die zur Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeiten notwendige Qualifizierung per definitionem mit der Ausübung gleichzusetzen, da entsprechende Freistellungsansprüche zumindest in Teilbereichen ehrenamtlicher Tätigkeit begründet würden.



Die SPD-Landtagsfraktion spricht sich schon seit langem dafür aus, das saarländische Weiterbildungs- und Bildungsfreistellungsgesetz (SWBG) dahingehend zu ändern, dass der Bildungsurlaub auch dazu genutzt werden kann, sich für ehrenamtliches und freiwilliges Engagement zu qualifizieren. Entsprechende Anträge (z.B. Drucksache 12/519) haben wir bereits in den Landtag eingebracht. Die CDU-Mehrheitsfraktion hat diese Initiativen jedoch abgelehnt.



Die Liberalen

Eine funktionierende Gesellschaft darf nicht allein auf den Staat setzen, sondern braucht die Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger. Ehrenamt und Freiwilligkeit sind deshalb selbst eine gesellschaftliche Aufgabe. Eine entsprechende gesetzliche Klarstellung findet unsere Unterstützung.

Wahlprüfsteine



Grundsätzlich ist ein Beruf eine auf den Verdienst des Lebensunterhalts angelegte Beschäftigung, so dass ehrenamtliche Aufgaben hier per Definition zunächst nicht im BBiG zu finden sein können. Da es sich bei ehrenamtlichen Aufgaben aber auf jeden Fall um gesellschaftliche Aufgaben handelt, müsste diese Lücke anders zu schließen sein, z.B. durch eine Erweiterung des Gesetzes. Dabei sollten die Aufgaben in der Gesetzesnovelle konkret benannt werden. So können sie auch bei Bewerbungen oder Beurteilungen einen anderen Stellenwert erhalten.

DIE LINKE.

Unterstützung von Projekten, die auf eine Öffnung der Schule in die Gesellschaft zielen, den Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten und Räume für ein frühzeitiges Lernen von bürgerschaftlichem Engagement bereitzustellen, sie als zivilgesellschaftliche Akteure ernst zu nehmen sowie ihnen ein umfangreiches Fortbildungs- und Informationsangebot zur Verfügung zu stellen.

BÜRGERBÜNDNIS

Dies könnte eine Möglichkeit sein, die wir sehr kritisch bewerten. Die Frage, ab wann und in welcher Funktion das ausgeübte Ehrenamt anrechenbar sein soll, ist sehr schwierig zu entscheiden. Es ist auch verfehlt, den Arbeitgebern zusätzliche Kosten für ehrenamtliche Tätigkeiten anzulasten. Dies hätte zur Folge, dass Unternehmen mit sozial und gesellschaftlich engagierten Mitarbeitern dann auch noch mit den Kosten des Sonderurlaubs „bestraft“ würden. Hier müsste meines Erachtens über entsprechende steuerliche Pauschalen, deutlich über die Übungsleiterpauschale hinaus, ein entsprechender Anreiz bzw. eine Bonifizierung erfolgen. Diese Aufwendungen sind gesamtgesellschaftlich aus dem Steueraufkommen, nicht aber konkret von einzelnen Unternehmen mit sozial engagierten Mitarbeitern zu tragen. Nach unseren Einschätzungen würden durch solche Regelungen primär der Mittelstand, nicht aber die Großunternehmen belastet.

Eine Reduzierung der Haftung für ehrenamtliche Tätigkeit ist nicht akzeptabel. Sie hebt das bestehende Haftungssystem unseres Bürgerlichen Gesetzbuches aus, verleitet zu Nachlässigkeiten und verlagert die Haftung für von Schäden Betroffene auf die Bürger. Hier sollte man das Risiko durch eine generelle, vom Staat zu bezahlende Haftpflichtversicherung für Ehrenamtliche, absichern.



Ehrenamt-News

Frage 4:

Die Landesarbeitsgemeinschaft PRO EHRENAMT hat als nicht staatliche Organisation viele Aufgaben, Ziele und Funktionen besetzt, die in anderen Bundesländern von Behörden oder übergeordneten Verwaltungen übernommen werden. Stimmen Sie zu, dass diese unabhängige, objektiv neutrale Position für ehrenamtliche Strukturen im Saarland erhalten bleiben soll. Dann muss aber eine qualitativ hauptamtliche Struktur für PRO EHRENAMT geschaffen werden. Unterstützen Sie die Forderung nach mehr Hauptamtlichkeit für PRO EHRENAMT im Fadenkreuz der Bürger-Netzwerke?



Die LAG PRO EHRENAMT ist eine bundesweit einmalige Einrichtung, von der viele positive Initiativen für das Ehrenamt im Saarland ausgegangen sind. Viele erfolgreiche Projekte der LAG wurden und werden in enger Zusammenarbeit und mit erheblicher finanzieller Unterstützung der Landesregierung verwirklicht. Gerade die Kooperation von staatlichem Handeln und ehrenamtlichem bürgerschaftlichem Engagement, wie es von der LAG praktiziert wird, ist eines der Erfolgsrezepte der Ehrenamtsförderung im Land. Als unabhängige, objektiv neutrale und subsidiäre Einrichtung sollte sich PRO EHRENAMT bewusst von staatlicher Hauptamtlichkeit abgrenzen.



Ehrenamtlichkeit braucht Hauptamtlichkeit. Zur Unterstützung der ehrenamtlichen Tätigkeiten sind hauptamtliche Strukturen überaus nützlich. Dies gilt auch für die Landesarbeitsgemeinschaft Pro Ehrenamt, die wir auch in Zukunft selbstverständlich unterstützen werden.



Die Liberalen

Pro Ehrenamt ist in seiner Funktion eine bundesweit einmalige Einrichtung und übernimmt wichtige Aufgaben für die Förderung des ehrenamtlichen Engagements im Saarland und muss deshalb erhalten werden. Gerade die grundsätzliche Ehrenamtlichkeit von Pro Ehrenamt ist ein besonderes Merkmal dieser Institution. Gleichwohl sind die Herausforderungen bei der Weiterentwicklung der ehrenamtlichen Strukturen im Saarland so groß, dass sie ohne hauptamtliche Unterstützung nicht mehr bewältigt werden können. Die Schaffung eines hauptamtlichen Projektmanagers, wie sie Pro Ehrenamt vorschwebt, begrüßen wir als Liberale und werden uns im Landtag dafür einsetzen, dass die erforderlichen Mittel im Landeshaushalt zur Verfügung gestellt werden. Eine Gegenfinanzierung kann dadurch erreicht werden, dass die von der Landesregierung für die Ehrenamtskarte neu geschaffene Stelle im Innenministerium wegfällt. Denn der Projektmanager von Pro Ehrenamt kann diese Aufgabe übernehmen.

Wahlprüfsteine



Ehrenamt hat dort seine Grenzen, wo es um eine quasi hauptberufliche Beschäftigung geht. Hier muss – anhand der funktionierenden Strukturen in anderen Bundesländern – eine ausgewogene Struktur gefunden werden. Denn Ehrenamt kann nur dort erfolgreich sein, wo es nicht zur Überforderung führt, sondern konkrete Ergebnisse vorweisen kann. Dafür sind hauptamtliche, unterstützende Strukturen notwendig. Dies gilt daher auch für andere Fadenkreuze ehrenamtlicher Tätigkeit, zum Beispiel im Jugendbereich beim Landesjugendamt. Gerade vor bürokratischer Arbeit sollte viel mehr entlastet werden.

DIE LINKE.

Die Gemeinden und Landkreise im Saarland spielen hierbei eine wichtige Rolle. Sie sind die Träger der „Daseinsvorsorge“ und vor Ort unter anderem verantwortlich für soziale und kulturelle Einrichtungen sowie Schulen. Im krassen Gegensatz zu diesen grundlegenden Aufgaben steht die Finanzausstattung der Kommunen. Der Großteil der Kommunen ist hoffnungslos verschuldet und zu Investitionen kaum noch in der Lage. Die Finanzsituation übt soviel Druck aus, dass Schwimmbäder, Kultureinrichtungen und Bürgerhäuser gefährdet sind. Damit die Kommunen die ehrenamtlich Tätigen unterstützen können, ist eine ausreichende materielle und personelle Ausstattung durch das Land erforderlich. Dies gilt gerade auch für das zivilgesellschaftliche Engagement im Kampf gegen Rechtsextremismus, das von der Landespolitik stets eingefordert wird. DIE LINKE wird sich daher für eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen einsetzen, damit diese ihren verfassungsmäßigen Auftrag im Sinne der Bevölkerung - auch im Sinne des Ehrenamtes - erfüllen können.

Die LINKE tritt für eine nachhaltige Sicherung und den Ausbau bestehender Unterstützungsstrukturen von Freiwilligenarbeit und Bürgerbeteiligung ein. Ehrenamtliches Engagement erfordert mittlerweile zu Recht hauptamtliche Strukturen. Projekte brauchen echte Planungssicherheit. Es gibt in Deutschland ca. 150 Bürgerstiftungen – im Saarland sollte dieser Weg als festes Fundament für das Ehrenamt ebenfalls beschritten werden.

BÜRGERBÜNDNIS

Ja. Dies schließt sich an die Beantwortung der vorherigen Fragen an. Für das Ehrenamt ist eine gewisse Struktur und Organisation, wie auch Kontrolle erforderlich, die allein ehrenamtlich tätige Mitarbeiter kaum leisten können. Hier wird anfängliches ehrenamtliches Engagement recht schnell zum „Full-time-Job“. Das werden Sie aus eigener Erfahrung bewerten können.



Ehrenamt-News

Frage 5:

Bei der Gestaltung ehrenamtlicher und freiwilliger Tätigkeit ist darauf zu achten, dass Beruf, Familie – besonders bei Frauen –, Schule und ehrenamtliches Engagement miteinander vereinbar sind. Für die Finanzierung müssen Geldmittel für Auslagenersatz (Fahrkosten, Porto, Telefon, Kinderbetreuung) bereit gestellt werden. Das Ehrenamt leidet oft unter bürokratischen Hemmnissen und Verwaltungsvorschriften. Sind Sie der Meinung, dass z.B. kommunale Richtlinien bei der Kinder- und Jugendarbeit vereinheitlicht und vereinfacht werden sollen? Sind Sie der Meinung, dass Antragsverfahren und Verwendungsnachweise für öffentliche Förderung vereinfacht werden sollen? Sind Sie der Meinung, dass Auslagen-Erstattung für Telefon, Porto, Fachliteratur, Fahrkosten zu ehrenamtlichen Aufgaben durch Gemeinde, Städte oder das Land getragen werden sollen?



Selbstverständlich ist es unser erklärtes Ziel, bürokratische Hürden abzubauen und Verwaltungsvorschriften und -richtlinien - soweit es geht - zu vereinfachen oder komplett abzuschaffen. Der Staat muss sich als Dienstleister verstehen, seine Verwaltung soll keine Verhinderungs-, sondern Ermöglichungsverwaltung sein. Im Zuge der Verwaltungsmodernisierung bzw. durch die Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen sind bereits erhebliche Optimierungen erfolgt. Weitere Verbesserungen werden wir tatkräftig unterstützen.

Bei der Auslagenerstattung muss allerdings darauf geachtet werden, dass sich das Bürgerengagement nicht allzu sehr in die Abhängigkeit der öffentlichen Hand begibt.



Wir sprechen uns prinzipiell dafür aus, dass bürokratische Strukturen vereinfacht werden sollen. Insbesondere ehrenamtliches Engagement darf nicht unter einem übermäßigen bürokratischen Aufwand leiden. Eine Vereinheitlichung kommunaler Richtlinien halten wir zwar für sinnvoll, jedoch schwierig in der Praxis umzusetzen, da diese die Selbstverwaltung der Kommunen betreffen.

Eine Auslagenerstattung durch Kommunen oder das Land halten wir für nicht umsetzbar. Zudem werden teilweise auch Ausgaben und Kosten, die bei der ehrenamtlichen Arbeit anfallen, z.B. für Porto oder Kopien, vom jeweiligen Verein oder der Organisation übernommen.

In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass das vom Bundestag beschlossene „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ die steuerlichen Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement ganz enorm verbessert und Helfen, Spenden und Stiftungen einfacher und unbürokratischer gemacht hat.



Die Liberalen

Bürokratie ist ein Hemmschuh, der Kreativität und Engagement verhindert. Gerade im Ehrenamt müssen deshalb bürokratische Hürden abgebaut werden. Alles, was diesem Ziel dient, ist ein wichtiger und richtiger Schritt, also auch die Vereinfachung von Richtlinien, Antragsverfahren und Verwendungsnachweisen. Eine Auslagenerstattung durch die öffentlichen Hände ist zwar angesichts der schwierigen Lage der öffentlichen Haushalte im Moment noch unrealistisch, ist aber wünschenswert und deshalb zu prüfen, zumindest im Hinblick auf eine teilweise Erstattung.

Wahlprüfsteine



Per Definition ist das Ehrenamt ein öffentliches Amt, für dessen Erfüllung kein Entgelt, sondern nur Ersatz der Auslagen gewährt wird. Dies kann ähnlich wie bei ehrenamtlicher politischer Betätigung erfolgen. Am unbürokratischsten wäre es, wenn ein gewisser Aufwand im Förderungsbudget inbegriffen ist und jede Initiative selbst über die Verwendung entscheidet.

DIE LINKE.

Die Motive des Einzelnen, sich ehrenamtlich zu betätigen, sind sehr unterschiedlich - finanzielle Gründe längst nicht vorrangig. Wir müssen aber feststellen, dass es keine Chancengleichheit beim Zugang zum bürgerschaftlichen Engagement gibt. Um diese zu gewährleisten, bedarf es auch mehr als die derzeitige Gesetzeslage zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Bei den Einzelmaßnahmen der Reform des Gemeinnützigkeitsrechts handelt es sich im Wesentlichen um den Ausbau steuerlicher Abzugsmöglichkeiten. Das ist zwar zu begrüßen, kann aber nur ein Aspekt von vielen sein, wie Ehrenamt tatsächlich angemessen und wirkungsvoll unterstützt werden kann.

Angesichts der zunehmenden Bedeutung des Ehrenamts in allen gesellschaftlichen Bereichen müssen diese Hürden beim Zugang zum Ehrenamt und dessen Ausübung beseitigt werden. Dies gilt für die kommunale, die Landes- und Bundesebene gleichermaßen. Im Besonderen geht es darum, die Zuwendungspraxis zu modernisieren und ehrenamtliche Arbeit als Eigenanteil anzuerkennen. Im Steuerrecht des Bundes müssen alle Ehrenamtlichen gleich behandelt werden. Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements darf nicht an den Bedürfnissen zahlreicher Engagierter vorbeigehen. Darüber hinaus müssen notwendige Weiterbildung und Qualifizierung besser unterstützt werden – Öffentlichkeitsarbeit muss effektiver werden.

Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftlich Engagierte, indem ein einfaches, verständliches sowie transparentes Antrags- und Abrechnungsverfahren für öffentliche Zuwendungen geschaffen sowie der Versicherungsschutz für Engagierte weiter ausgebaut werden.

BÜRGERBÜNDNIS

Hier ist eine deutliche Vereinfachung und vor allen Dingen eine Pauschalierung erforderlich, um mühselige Nachweise und Einzelabrechnungen zu vermeiden. Man wird nicht jede Fahrt, jede Briefmarke, jedes Telefonat oder jeden Kuchen als Spende für ein Fest anrechnen können. Damit würde man zu schnell in einen kommerzialisierten Bereich gelangen, der nicht mehr ehrenamtlich, sondern eher durch das Prinzip „do ut des ich = ich gebe, dass du gibst“ beeinflusst wird. Überzeugte Ehrenamtliche werden eher auf eine Erstattung verzichten, als sich der Blöße einer Erstattung auszusetzen. Deshalb ist für eine grobe, wenn auch nicht immer bis ins letzte Detail gerechte Anerkennung durch Pauschalierungen angebracht.



Ehrenamt-News

Frage 6:

Der Wunsch nach einer sozialen Unternehmenskultur (corporate social responsibility) wird seit 2001 im Saarland durch das Projekt „Ehrenamt & Wirtschaft“ verfolgt und erfolgreich umgesetzt. Durch den Wettbewerb „aktiv & engagiert“ ist dieses Bestreben seit 2006 noch verstärkt worden. Schulen und Betriebe sollen mit sozialen Projekten und Initiativen stärker aufeinander zugehen. Wie kann diese Initiative durch Politik, Wirtschaft, Gesellschaft noch mehr gefördert werden?



Ein eindeutiges Indiz dafür, dass „Corporate Social Responsibility“ (CSR) im Saarland immer populärer wird, ist das gestiegene Interesse der saarländischen Unternehmen, sich am gemeinsamen Wettbewerb der LAG PRO EHRENAMT und dem Ministerium für Wirtschaft und Wissenschaft „Unternehmen im Saarland - aktiv und engagiert“ zu beteiligen.

Im Bereich Schule - Wirtschaft gibt es im Saarland einige erfreuliche Initiativen, wie z.B. ALWIS. ALWIS steht für ArbeitsLeben, Wirtschaft, Schule und wurde im Juni 2003 von der saarländischen Landesregierung, der VSU, IHK, HWK, dem Landesinstitut für Pädagogik und Medien, den Wirtschaftsjuvenen Saarland, Forum Junger Handwerker und der Arbeitsgemeinschaft selbstständiger Unternehmer gegründet. ALWIS knüpft die Verbindung zwischen Schulen und Unternehmen, zwischen theoretischem Wissen und praktischer Anwendung, zwischen schul-fachlichen Kompetenzen und in der Wirtschaft notwendigem Know-how. Im Zuge dieses Projekts wird Unternehmen die Möglichkeit eröffnet, eine Lern- bzw. Schulpartnerschaft einzugehen.

Zum Anderen gibt es die Initiative „Unternehmen für die Region“ der Bertelsmann Stiftung. Ziel ist es, aus den Regionen heraus Projekte zu entwickeln und verstärkt Verantwortung für gesellschaftliche Themen zu übernehmen. In der Pilotregion Saarland setzen sich die saarländischen Unternehmen gezielt für das Thema „Jugend, Technik und Beruf“ ein.



In der heutigen Arbeitswelt sind humane, soziale, ökologische und ökonomische Aspekte von Bedeutung, die genau deshalb auch miteinander verbunden und in Einklang gebracht werden müssen. Gerade auch die Verbindung von Schulen und Unternehmen spielt eine besondere Rolle. Die Förderung von Praktika im sozialen Bereich, die zudem von Unternehmen aufgebaut und gefördert werden, ist hier sicherlich eine wesentliche Maßnahme, die weiter in den Fokus der Aktivitäten gerückt werden muss. Auf diese Weise können sowohl Schülerinnen und Schüler als auch in den Unternehmen Verantwortliche für soziale Belange sensibilisiert werden.



Die Liberalen

Bei der Frage, wie die soziale Unternehmenskultur gefördert werden kann, steht die Eigeninitiative der Unternehmen selbst im Mittelpunkt. Die genannten Projekte beweisen, dass die Unternehmen im Saarland sich dieser Verantwortung auch bewusst sind. Aufgabe der Politik in diesem Zusammenhang muss es vorrangig sein, für entsprechende Projekte zu werben. Soweit Schulen beteiligt sind, verdienen diese Projekte besondere Beachtung. Denn durch schulische Initiativen können Kinder und Jugendliche frühzeitig ehrenamtliches Engagement kennen und schätzen lernen.

Wahlprüfsteine



Durch Beachtung, Förderung und Teilnahme. Was nicht in den Medien steht, findet auch kein öffentliches Interesse. Hier ist ein wichtiger Ansatzpunkt. Nur wo eine dann folgende Nachfrage durch die Bevölkerung entsteht, findet auch wirtschaftliche Förderung statt. Gerade Partnerschaften können einen idealen Rahmen für dieses Engagement bieten.

DIE LINKE.

- Intensivierung der Kooperationsbereitschaft der Wirtschaft

BÜRGERBÜNDNIS

Soziales Leben sollte sich in erster Linie selbst gestalten. Eine zu starke Steuerung und Instrumentalisierung „tötet“ privates Engagement. Es müsste stärker auf entsprechende Rahmenbedingungen hingewirkt werden, wie z.B. steuerlich gestaffelte Abzugspauschalen.

Bei einem Einfluss der Politik auf das Ehrenamt ist zu befürchten, dass vielfach sehr schnell und vor allen Dingen negativ eine parteipolitische Instrumentalisierung erfolgt. Dies ist teilweise recht deutlich in kirchlichen Gremien, Sportvereinen und Sozialverbänden zu erleben.



Ehrenamt-News

Frage 7:

Der generationsübergreifende Freiwilligendienst zeigt eine überzeugende Neuorientierung für das Bürgerengagement im Saarland. Nach der Pilotphase und Anschubfinanzierung durch die Bundesregierung müssen jetzt nachhaltige Projektstrukturen geschaffen werden, in die die Gemeinden, die Landkreise und die Landesregierung eingebunden werden. Jung und alt sollen sich gemeinsam für ihre Gesellschaft engagieren. Sind Sie der Auffassung, dass dieses Konzept als ein Netzwerk saarländischer Leuchtturmprojekte weitergeführt werden soll? Wenn ja, wie kann die Unterstützung aussehen?



Das Modellprogramm Generationsübergreifende Freiwilligendienste für Menschen aller Altersgruppen ist ein wichtiger Impuls eines neuen Miteinanders der Generationen. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir das Konzept, dass die Freiwilligen eigene Projektideen realisieren. Es muss daher im Einzelfall geprüft werden, welche der angestoßenen Projekte sich besonders eignen.



Das bürgerschaftliche Engagement in unserer Gesellschaft ist sehr vielfältig und reagiert auf die sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Der generationsübergreifende Freiwilligendienst trägt einer sich – nicht zuletzt in demografischer Hinsicht – wandelnden Gesellschaft Rechnung. Deshalb muss diese Form des bürgerschaftlichen Engagements weiter unterstützt und gefördert werden –sowohl finanziell als auch ideell.



Die Liberalen

Generationsübergreifender Freiwilligendienst genießt gerade deshalb eine so hohe Bedeutung, weil er eine Antwort auf die Herausforderungen des demographischen Wandels geben kann. Bei der Unterstützung dieser Projekte sind politische Entscheidungsträger aller Ebenen gefordert, da sie alle die Folgen des demographischen Wandels zu tragen haben. Deshalb müssen sie gemeinsam die bestehenden Projektstrukturen analysieren und zusammen mit den Projektverantwortlichen entscheiden, in welcher Form eine weitere finanzielle Unterstützung erfolgen kann. Dabei dürfen die unmittelbaren Belastungen der öffentlichen Haushalte nicht allein im Mittelpunkt stehen. Vielmehr muss berücksichtigt werden, dass funktionierende Projekte gerade mittel- und langfristig auch öffentliche Ausgaben vermeiden helfen können.

Wahlprüfsteine



Dieses Projekt ist eine fantastische Umsetzung der von der Gesellschaft immer geforderten Einbindung aller Bewohner in das gemeinschaftliche Leben. Wir von Bündnis90/Die Grünen sind der Auffassung, dass dieses Projekt die richtige Methode ist, mit der unsere Gesellschaftsstrukturen auf Dauer in der Stadt und auf dem Land erhalten bleiben können. Hierzu ist die Anerkennung des Ehrenamtes in der Bevölkerung nötig, die finanzielle Unterstützung und die Förderung von Projekten; also all das, was von Pro Ehrenamt getan wird! Eine konkrete Unterstützung muss auch die Kommunikation über die Arbeit in anderen Vereinen und Organisationen umfassen. So können auch Ideen über weitere Zusammenarbeit entstehen mit entsprechenden Synergieeffekten und einer Optimierung vorhandener Strukturen.

DIE LINKE.

Für die Zukunftsfähigkeit einer demokratischen Gesellschaft ist bürgerschaftliches Engagement eine wesentliche Voraussetzung. Dieses Engagement ist in den vergangenen Jahren weiter gestiegen – deshalb ist eine wissenschaftliche Untersuchung zum Ehrenamt eine wichtige Fördergrundlage. Bürgerinnen und Bürger sollen gleich welchen Alters aktiv sein, um in Bezug auf politische Entscheidungen ihre Interessen zu artikulieren, zu bündeln, einzubringen und durchzusetzen. Demokratie kann nur funktionieren, wenn Bürgerinnen und Bürger aktive Gestalter bzw. Mitgestalter des öffentlichen Lebens sind. Damit wirken sie auf mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung hin.

Wir wollen es deshalb den saarländischen Bürgerinnen und Bürgern leichter machen, mit den Mitteln der direkten Demokratie in den politischen Entscheidungsprozess einzugreifen. Das Landesgesetz zur Bürgerbeteiligung ist verbesserungsbedürftig. Durch die Abschaffung des strikten Finanzvorbehalts bei Bürgerentscheiden oder Bürgerbegehren sollen weit mehr Bürgeranliegen als bisher zum Entscheid zugelassen werden. Auch die Einstiegs- und Abstimmungsquoten sollen erheblich herabgesetzt werden.

BÜRGERBÜNDNIS

Durch zwei seiner Kinder hat der Unterzeichner Erfahrungen mit dem zivilen Ersatzdienst und der Ableistung von FSJ. Diese Erfahrungen und Strukturen zwischen Aufwand, Kosten und Entschädigung können vielfach nicht als „Leuchtturmprojekt“ gesehen werden. Die Aufwandsentschädigungen decken teilweise den Aufwand für Fahrtkosten, Verpflegung und gegebenenfalls persönliche Schutzkleidung nicht ab. Von dem ausgewiesenen Taschengeld bleibt nicht viel übrig und muss von den Eltern aufgestockt werden.



Ehrenamt-News

Frage 8:

Das MehrGenerationHaus als Begegnungsstätte für Menschen unterschiedlicher Altersstufen, Herkunft, Hautfarben, Bildungsschichten, Religionen gewinnt immer mehr Anhänger. 500 Mehrgenerationenhäuser hat die Bundesfamilienministerin geschaffen, sieben davon im Saarland. Welche Bedeutung für die Zukunft der Bürgergesellschaft geben Sie diesem Projekt und wie können Sie politisch dieses Projekt unterstützen? In Saarbrücken wird das MGH-Projekt durch das Konzept des MehrGenerationenWohnens erweitert. Welche Bedeutung hat für die politische Sicht dieses erweiterte Konzept?

Mehrgenerationenhäuser (MGH) eröffnen Räume, die den Zusammenhalt der Generationen festigen. Sie bieten Orte, an denen das Prinzip der Großfamilie in moderner Form gelebt werden kann, wo sich Menschen aller Generationen ganz selbstverständlich im Alltag begegnen, voneinander lernen und Unterstützung erfahren.

Die MGH tragen dazu bei, der Isolation verschiedener Altersgruppen entgegen zu wirken. Sie fördern Toleranz und Verständnis zwischen den Generationen. Entscheidend ist, dass in den MGH eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen bürgerlich Engagierten und professionellen Kräften gelebt und praktiziert wird. Das MGH in Saarbrücken richtet dabei ein besonderes Augenmerk auf die Integration von älteren Menschen mit Migrationshintergrund, die seit vielen Jahren in der Stadt leben. Außerdem werden schon bestehende Dienstleistungsangebote miteinander verknüpft, wie z.B. die Qualifizierungsmaßnahme für Jugendliche durch das „SOS-Ausbildungs- und Beschäftigungszentrum“, die Cafe-„Stubb“ als Ort der formlosen Begegnung, Internet-Kurse für Jung und Alt sowie Gymnastik, Tanz für Senioren, der Kinderchor „Multikulti“ und die Kinderbetreuung in Zusammenarbeit mit der Kinderbörse.

Eine grundsätzliche, dauerhafte Aufgabenstellung - auch und insbesondere des „MehrGenerationenWohnens“ - ist die Organisation von Angeboten und Dienstleistungen, die den regionalen Bedarf in St. Johann abdecken und damit Funktionen übernehmen, die früher in der Großfamilie wahrgenommen wurden.

Mehrgenerationenhäuser stehen für eine neue Form des ehrenamtlichen Engagements und des gesellschaftlichen Miteinanders. Jung und Alt können sich hier generationenübergreifend engagieren nach ihren individuellen Möglichkeiten. Auf Grund der demografischen Veränderungen in unserer Gesellschaft werden derartige Projekte in Zukunft immer wichtiger und müssen deshalb auch weiterhin entsprechend unterstützt werden. Gerade deshalb bewerten wir auch das Konzept des MehrGenerationenWohnens sehr positiv.

Die Liberalen

Gerade in Zeiten zunehmender Single-Haushalte und schwindender familiärer Bindungen wird es immer wichtiger, diese fehlenden sozialen Kontakte durch neue Formen des Zusammenlebens zu ersetzen. Mehrgenerationen-Projekte bringen Generationen zusammen und bieten Beratung und Service über alle Altersgrenzen hinweg. Jede Generation kann ihre eigenen Stärken einbringen, die anderen Generationen können davon wiederum profitieren.

Das geplante Mehrgenerationenwohnen in Saarbrücken bietet die Chance, die Mehrgenerationenarbeit auf eine neue Ebene zu stellen und für die Generationen erlebbar zu machen. Diese Arbeit kann auf dem Mehrgenerationenhaus aufbauen, eine intensive Betreuung muss aber gewährleistet sein.

Wahlprüfsteine



Diese Konzepte sind von erheblicher gesellschaftlicher und politischer Bedeutung. Aufgrund der sich verändernden sozialräumlichen Strukturen wird gemeinschaftliches Leben und gegenseitige Unterstützung immer schwerer möglich. Es müssen daher Orte des Zusammentreffens geschaffen und ausgebaut werden. Das MG-Wohnen bietet die Chance, dass gegenseitige Unterstützung und mehr Lebensvielfalt einfacher organisiert werden kann, und ist daher ein wichtiges Zukunftsprojekt. Unterstützung bedarf insbesondere der Prozess, wie sich die interessierten Menschen zusammenfinden. MGWohnen kann auch Ausgangspunkt für eine Talentbörse sein oder Baustein eines Gemeinwesenprojekts. Wir von Bündnis90/Die Grünen unterstützen jedenfalls den Ansatz mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln.

DIE LINKE.

Mehrgenerationenhäuser können ein Weg zu mehr Selbstständigkeit und Selbstbestimmung sein, dort könnten auch Tagesstätten integriert werden. Das Mehrgenerationenhaus kann nur als soziales Zentrum funktionieren, wenn es finanziell solide ausgestattet ist. Deshalb sind diese Mehrgenerationenhäuser stärker zu fördern und müssen behindertengerecht sowie barrierefrei ausgebaut werden. Die Mehrgenerationenhäuser müssen, ebenso wie andere Einrichtungen im Pflege- und Betreuungsbereich, in die stärkere Förderung des sozialen Wohnungsbaus einbezogen werden.

BÜRGERBÜNDNIS

Das MGH ist eine vernünftige, gezielte und sozial extrem wichtige Belebung einer früher gepflegten Form des Zusammenlebens. Als Tagesbegegnungsstätte ist dies zumindest ein Einstieg, der unter dem Aspekt der Sozialpartnerschaften wesentlich stärker gefördert werden sollte. Für Saarbrücken ist dies ja der Fall. In Sozialpartnerschaften stehen Personen in wechselseitiger Verantwortlichkeit füreinander ein und gerade bei älteren Menschen entlasten diese damit die Gesellschaft von Pflege und Betreuung. Diese Form des Zusammenlebens hat unsere Gesellschaft bisher überhaupt noch nicht gebührend zur Kenntnis genommen, geschweige denn gewürdigt. Wir beschäftigen uns intensiver mit sexuell orientierten Formen des Zusammenlebens (Lebenspartnerschaft), als demjenigen der Sozialpartnerschaft, von der die Gesellschaft deutlich profitiert. Diese Sozialpartnerschaften erleben wir vielfach bei älteren Personen, die meistens ohne sexuelle Absichten sich wechselseitig mit einer Sozialpartnerschaft das Leben erleichtern und damit die Gemeinschaft von Belastungen freihalten. Diese Form des Zusammenlebens müsste viel stärker betont, anerkannt und vor allen Dingen gefördert werden!



Ehrenamt-News

Frage 9:

Die Finanzierung schlagkräftiger Ehrenamtstrukturen ist mitunter sehr schwierig und wird oft auf den Schultern der ehrenamtlich Tätigen abgeladen. Wenn Ehrenamt in Zukunft erfolgreich sein soll – das sagen alle Experten in Bund und Ländern - müssen auch hauptamtliche Stützpunkte für die Netzwerkstrukturen geschaffen werden. Um dauerhaft die Finanzierung zu sichern, schwebt der Landesarbeitsgemeinschaft PRO EHRENAMT eine „Bürgerstiftung Ehrenamt“ vor, die einmalig finanziell bedient werden muss, zukünftig dann ohne weitere Overheadkosten auskommen muss. Unterstützen Sie dieses Vorhaben? Wenn ja, wie?



Die Idee der Einrichtung einer Bürgerstiftung ist nicht neu und hat sicherlich ihren Reiz. Der besondere Charme der Bürgerstiftungen, die neben Geldstiftern auch stark auf die Mitwirkung von Zeit Spendern setzen, liegt u.a. in der Möglichkeit jedes Einzelnen, neben finanziellen Mitteln auch durch das Einbringen von Ideen und Arbeitskraft zum Gelingen beitragen zu können.

In diesem Zusammenhang sehen wir auch die Wirtschaft gefordert, sich aktiv in diesen Prozess einzubringen und einen finanziellen Beitrag zur Stärkung des Ehrenamts im Saarland zu leisten. Dafür gilt es Überzeugungsarbeit zu leisten.



Grundsätzlich halten wir die Einrichtung einer „Bürgerstiftung Ehrenamt“ für überlegenswert. Wichtig ist dabei natürlich die Transparenz der in der Stiftung eingesetzten finanziellen Mittel.



Die Liberalen

Eine Bürgerstiftung ist eine gute Möglichkeit, im Ehrenamt neue Wege zu gehen. Vor diesem Hintergrund verdient eine solche Initiative Unterstützung von allen gesellschaftlichen Gruppen. Die Politik muss sich auf mehreren Wegen dafür einsetzen. Zum einen gilt es, Mittel aus dem Landeshaushalt zur Verfügung zu stellen. Dabei muss sich das finanzielle Engagement an den Möglichkeiten des Landes orientieren. Wichtig ist aber, dass das Land auf diesem Wege mit gutem Beispiel vorangeht. Zum anderen muss die Politik bei den Bürgerinnen und Bürgern des Landes für die finanzielle Unterstützung einer Bürgerstiftung werben. Wenn jeder Bürger auch nur einen Euro zur Verfügung stellt, ist bereits ein wichtiger Beitrag geleistet. Schließlich muss auch bei der Wirtschaft um Unterstützung geworben werden. Viele Unternehmerinnen und Unternehmer, ob klein oder groß, sind sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst und können deshalb für ein finanzielles Engagement gewonnen werden.

Wahlprüfsteine



Dies kann eine zukunftsfähige Lösung sein unter der Voraussetzung, dass Transparenz bei der Mittelvergabe garantiert ist und die 3 Zugangsmöglichkeiten offen bleiben. Wir sind jedenfalls sehr an der Diskussion eines derartigen Modells interessiert.

DIE LINKE.

Die LINKE tritt für eine nachhaltige Sicherung und den Ausbau bestehender Unterstützungsstrukturen von Freiwilligenarbeit und Bürgerbeteiligung ein. Ehrenamtliches Engagement erfordert mittlerweile zu Recht hauptamtliche Strukturen. Projekte brauchen echte Planungssicherheit. Es gibt in Deutschland ca. 150 Bürgerstiftungen – im Saarland sollte dieser Weg als festes Fundament für das Ehrenamt ebenfalls beschritten werden.

BÜRGERBÜNDNIS

Bei den wirklich bescheidenen Mitteln unserer Organisation können wir diese Strukturen lediglich durch positive Stellungnahmen und ein bedingtes ehrenamtliches Engagement unterstützen. Ein vergleichbares Projekt begleitet der Unterzeichner gerade selbst mit der Studienstiftung Business Law in Wiesbaden, die bei ausbleibenden öffentlichen Geldern eine spezielle Form der Förderung Studierender gewährleisten soll.



Ehrenamt-News

Frage 10:

Es ist wichtig und zukunftsweisend, Menschen in ihrem Ehrenamt und ihrer Freiwilligenarbeit zu fördern und zu unterstützen. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Anerkennungskultur in unserem Bundesland zu stärken? Soll der Ehrenamt-Pass in allen Gemeinden und Städten des Saarlandes eingeführt werden? Wie kann die Anerkennung und Berücksichtigung ehrenamtlicher Tätigkeit als Qualifikationsmerkmal bei beruflicher Einstellung oder Beförderung gewährleistet werden (Ehrenamt-Testat)?



Die Bürgergesellschaft braucht eine Kultur der Anerkennung von freiwilligem Engagement. Deshalb wurde u.a. der Förderpreis „Pro Ehrenamt“ initiiert, der jährlich gemeinsam vom Land und der LAG PRO EHRENAMT vergeben wird. Das Kultusministerium hat ein Testat für Ehrenamtliche eingeführt, das auf Wunsch den Zeugnissen bei Bewerbungen beigelegt werden kann.

Die Stiftung der Saarländischen Ehrenamtsnadel zur Anerkennung für freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeit, insbesondere in den Bereichen Umwelt, Soziales, Sport, Kultur, Politik und Kirche ist ein weitere wichtige Initiative. Sie ergänzt die bereits bestehenden Formen der Würdigung auf Landes- und Bundesebene.

Aber diese Formen des Dankes allein genügen nicht. Deshalb ist es entscheidend, ein Klima der Wertschätzung des Gebens für andere zu schaffen: Dazu zählt die geplante Einführung einer Ehrenamts-Karte. Mit dieser Karte sollen ehrenamtlich Tätige, die sich in besonderem Maße für das Gemeinwohl engagieren, Vergünstigungen auf öffentliche und private Angebote erhalten. Auch die Neuregelung beim Gesetz über Sonderurlaub für ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit ist ein wichtiges Zeichen, um die Anerkennungskultur im Saarland zu stärken.

Die Diskussion um die Einführung des Kompetenz-Nachweises bzw. das Ehrenamts-Testat wird derzeit bundesweit geführt. Am Ende sollte auch eine bundeseinheitliche Regelung stehen.



Ehrenamtliches Engagement ist für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Deshalb brauchen wir eine Kultur der Anerkennung als eine Möglichkeit, Dankeschön für das vielfältige Engagement zu sagen. Daher begrüßen wir die Einführung eines so genannten „Ehrenamts-Passes“ und hoffen, dass sich viele saarländische Kommunen an diesem Projekt beteiligen.

Eine weitere Möglichkeit der Anerkennung ehrenamtlichen Engagements ist sicherlich das „Ehrenamt-Testat“. Hier halten wir es für notwendig, dass bei Unternehmen verstärkt dafür geworben wird, dass viele Qualifikationen, die man bei der Ausübung des Ehrenamtes erwirbt, auch im Beruf von Vorteil sind.



Die Liberalen

Die Einführung einer Ehrenamts-Nadel ist ein kleiner Beitrag, um dem Ehrenamt in der öffentlichen Wahrnehmung mehr Gewicht zu verleihen. Auch die Ehrenamts-Karte verschafft den Ehrenamtlern Anerkennung und kann außerdem denjenigen, die sich noch nicht engagieren, einen Anreiz bieten, sich im Ehrenamt einzubringen.

Bei der Anerkennung und Berücksichtigung ehrenamtlicher Tätigkeit ist es wichtig, dass das Land mit gutem Beispiel vorangeht. Im Bereich der Privatwirtschaft entscheiden Unternehmen zwar selbst, welchen Stellenwert sie ehrenamtlichem Engagement ihrer Beschäftigten beimessen. Projekte wie „Ehrenamt und Wirtschaft“ sind aber eine gute Möglichkeit, Unternehmen für das Ehrenamt zu gewinnen und zu zeigen, welche Vorteile für das Unternehmen im ehrenamtlichen Engagement seiner Mitarbeiter liegen können.



Freiwilligenarbeit und Ehrenamt ist auf Anerkennung und Wertschätzung angewiesen. Dort, wo sich Menschen engagieren, soll dies auch durch den Ehrenamts-Pass geschehen. Dabei sollten die Voraussetzungen jedoch so formuliert werden, dass er nicht inflationär (und damit bedeutungslos) genutzt wird. Gerade junge Menschen sollten hiervon profitieren. Auch ein Ehrenamts-Testat ist sinnvoll. Durch das Engagement zeigt man Gemeinsinn und Interesse an bestimmten Aufgaben. Man erwirbt aber auch Fähigkeiten von besonderem Wert, insbesondere eine hohe soziale Kompetenz. Diese Fähigkeiten sollen auch zum Ausdruck kommen.

DIE LINKE.

Förderung einer Anerkennungskultur, die auf die Schaffung von Öffentlichkeit für bürgerschaftliches Engagement in allen Medien hinwirkt; die sich auch in der Einstellungs-“Kultur“ der Behörden des Landes wieder findet, indem Ehrenamt als wichtige Qualifikation und entscheidendes Befähigungskriterium berücksichtigt wird. Die Gewährung von Sonderurlaub für Ehrenamtliche im öffentlichen Dienst ist prinzipiell richtig – die saarländischen Kommunen müssen jedoch auch verstärkt in die Lage versetzt werden, diese gesellschaftliche Aufgabe zu erfüllen.

Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftlich Engagierte, indem ein einfaches, verständliches sowie transparentes Antrags- und Abrechnungsverfahren für öffentliche Zuwendungen geschaffen sowie der Versicherungsschutz für Engagierte weiter ausgebaut werden.

Unterstützung von Projekten, die auf eine Öffnung der Schule in die Gesellschaft zielen, den Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten und Räume für ein frühzeitiges Lernen von bürgerschaftlichem Engagement bereitzustellen.

- Angebot kostenloser Qualifikations- und Fortbildungskurse
- Dezentrale Förderung des bürgerschaftlichen Engagements unter Berücksichtigung der unbürokratischen Erstattung von Sachaufwendungen (wie Fahrt- und Telefonkosten) sowie einer kostenfreien Infrastruktur für das Ehrenamt.
- Fortentwicklung eines Freiwilligen-Strukturatlases., mit dessen Hilfe Interessierte eine Orientierung erhalten, wo sie sich engagieren können.
- Zertifikate für die Tätigkeiten ehrenamtlich Aktiver als Dokumentation weiterer Qualifikationen
- Einführung eines Freiwilligenpasses bzw. einer Ehrenamtskarte

BÜRGERBÜNDNIS

Ehrenamt ist in erster Linie der Ausdruck eines sozialen Engagements der Bürger für die Gemeinschaft, auf welcher Ebene auch immer. Es sollte als selbstverständliche Betätigung angesehen und nicht über Gebühr geregelt und instrumentalisiert werden. Ehrenamt soll man machen und auch bleiben lassen können. Es trägt damit eine gewisse Spontaneität – bei all den damit verbundenen Nachteilen – in sich. Man sollte das Ehrenamt nicht in den Charakter eines Arbeits- oder Dienstverhältnisses mit Ausweis und strikten Reglements erheben. Damit schreckt man Personen eher ab, als die Basis zu verbreitern. Mit einem Ausweis entsteht vielleicht auch ein nicht gewollter Verbindlichkeitscharakter im Sinne einer Verpflichtung. Zudem dürfte es sehr schwer sein, sachgerechte Kriterien für die Herausgabe eines solchen Ausweises festzuschreiben. Einem Ehrenamtspass stehen wir daher eher skeptisch gegenüber. Die Frage wann und nach welchen Kriterien und für welche Dauer ein solcher Ausweis zu erteilen ist, bleibt sehr schwer zu beurteilen. Eine Abgrenzung zwischen erwartetem sozialen Engagement und darüber hinausgehenden ehrenamtlichen Leistungen ist sehr schwer zu treffen.

Ein Ehrenamtstestat als Grundlage für steuerliche Entlastungen oder Bonifizierungen scheint demgegenüber der richtige Weg, weil man hier in Bezug auf den Anerkennungsbetrag wesentlich besser differenzieren kann. Typisch wird diese Frage bei Veranstaltungen. Sollen die ehrenamtlichen Helfer bei einem Fest einen solchen Ehrenamtspass bekommen, soll man es beim Helferfest belassen und welcher ehrenamtliche Aufwand über welche Dauer müsste hierfür geleistet sein? Über solche Aspekte und Kriterien müsste man ein klares Beurteilungsschema haben, welches schwer mit absoluter Gerechtigkeit zu bewerten ist. Welche Zeit- und Aufwandskontingente soll man dann hier zu Grunde legen? Will man je nach Dauer eines Einsatzes „Ehrenamtsrabattmärkchen“ ausgeben und dann, wenn das Heftchen voll ist eine Umtauschmöglichkeit in den Pass vorsehen?



Ehrenamt-News

Frage 11:

Die Ehrenamtbörsen im Saarland haben ein flächendeckendes Netz für die Beratungs- und Betreuungsaufgaben der Ehrenamtler und der ehrenamtlichen Organisationen geschaffen. Diese Aufgaben dürfen in einem wachsenden Europa nicht an den Grenzen halt machen. Sehen Sie die Bedeutung und Notwendigkeit, eine grenzübergreifende Freiwilligenagentur im europäischen Kernraum (Lothringen, Luxemburg, Saarland, Belgien, Rheinland-Pfalz) zu schaffen?



Das Projekt einer grenzüberschreitenden Freiwilligenagentur ist von großer Bedeutung. Allerdings muss zunächst geklärt werden, wie eine solche Stelle strukturiert sein soll und wie ein grenzüberschreitender Mehrwert erzielt werden kann. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass auch eine interregionale Koordination für die Großregion SaarLorLux geleistet wird. Die Vernetzung von Organisationen sollte dabei im Vordergrund stehen.



Wir befürworten ausdrücklich die Einrichtung einer grenzüberschreitenden Ehrenamtsbörse und haben uns in der Vergangenheit auch im saarländischen Landtag dafür eingesetzt.



Die Liberalen

Europa wird nirgendwo so intensiv erlebt wie in einer Grenzregion. Deshalb ist es auch wichtig, dass das ehrenamtliche Engagement an der Grenze nicht Halt macht. Deshalb brauchen wir eine grenzüberschreitende Ehrenamtsbörse, die die nötige Infrastruktur für das grenzüberschreitende Engagement schafft.

Wahlprüfsteine



Absolut! Dies gilt grade für unsere Grenzregion ganz im Besonderen! Hier ist die Politik gefragt, die entsprechenden Möglichkeiten durch bereits vorhandene Kontakte und Institutionen zu nutzen.

DIE LINKE.

Stärkung und inhaltliche Unterstützung der Ehrenamtbörsen oder Freiwilligenagenturen auch vor dem Hintergrund der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Großregion.

BÜRGERBÜNDNIS

Das Ehrenamt entfaltet seine Wirkung primär im unmittelbaren Bereich des sozialen Lebensumfeldes. Es hat damit eine bewusste lokale Prägung im Wohnumfeld, im fußläufigen Bereich oder im verkehrstechnisch noch gut erreichbaren Nahbereich. Dies erfordert unmittelbar keine überregionale Ausdehnung. Vielmehr geht es um gesetzliche Rahmenbedingungen, die für eine Festigung, Konsolidierung und den gezielten Ausbau solcher ehrenamtlicher Netzwerke sorgen. Das Erfordernis einer „Internationalisierung“ und „Globalisierung“, um einmal die heute gängigen Schlagworte heranzuziehen, sehen wir in diesen Bereichen des Ehrenamtes auf seiner primären lokalen Auswirkung nicht.



Ehrenamt-News

Frage 12:

Menschen jeglichen Alters sollen für eigenverantwortliches und soziales Engagement in unserer Gesellschaft gewonnen und begeistert werden. Schüler, Erwachsene, Senioren gleich welchen Alters sollen sich für unser Gemeinwesen einbringen können. Sind Sie der Meinung, dass für bürgerschaftliches Engagement jegliche Altersbegrenzung wegfallen soll?

CDU

Art und Umfang des bürgerschaftlichen Engagements ist nicht automatisch an eine Altersgrenze gebunden. Vor diesem Hintergrund ist eine Abschaffung von Altersgrenzen sinnvoll - sofern die ehrenamtlich Engagierten in der Lage sind, ihre Aufgabe auszufüllen.

SPD

Wir befürworten jegliches ehrenamtliches Engagement – unabhängig vom Alter einer Person. Selbstverständlich müssen jedoch beim ehrenamtlichen Engagement junger Menschen gesetzliche Regelungen eingehalten werden. Das Engagement älterer Menschen ist von der individuellen Situation abhängig. Grundsätzlich halten wir es für wichtig, dass sich jede/r – unabhängig vom Alter – nach seinen persönlichen Möglichkeiten einbringen kann.

FDP

Die Liberalen

Ehrenamtliches Engagement ist eine Tätigkeit, die prinzipiell in jedem Alter ausgeübt werden kann. Starre Altersgrenzen laufen diesem Grundsatz zuwider. Entscheidend sollte deshalb grundsätzlich die individuelle Eignung sein, etwa der gesundheitliche Zustand.

Wahlprüfsteine



Absolut! Dies gilt grade für unsere Grenzregion ganz im Besonderen! Hier ist die Politik gefragt, die entsprechenden Möglichkeiten durch bereits vorhandene Kontakte und Institutionen zu nutzen.

DIE LINKE.

Jugendliche müssen sich an der demokratischen Gestaltung des Gemeinwesens, des politischen und gesellschaftlichen Systems, an der Gestaltung ihrer eigenen Zukunft aktiv beteiligen können. Deshalb wollen wir als LINKE das Wahlalter auf 16 Jahre senken und die Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen stärken.

Politik sollte insbesondere junge Menschen zu ehrenamtlicher Arbeit motivieren und dafür werben. Es ist aus unserer Sicht eine wertvolle Erfahrung, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen und soziale und demokratiefördernde Kompetenzen zu erwerben, die auch für andere Lebensbereiche bedeutsam sind. In diesem Sinne unterstützen wir den Erwerb der JuLeiCa und die Forderungen des Landesjugendrings zu deren Weiterentwicklung. Sinnvoll wäre auch die parallele Erhöhung der Zahl der geförderten Stellen von BildungsreferentInnen, die dringend zur Begleitung und Qualifizierung ehrenamtlicher Mitarbeiter benötigt werden. Bis zur endgültigen Abschaffung der unsozialen Studiengebühren im Saarland muss wenigstens der Schritt zur Erlassung der Studiengebühren für Ehrenamtliche gegangen werden. Auch die Erstattung von Lohnausfällen bei Ehrenamtlichen, die Jugendmaßnahmen leiten, betreuen oder sich ausbilden lassen, ist seit langem überfällig.

BÜRGERBÜNDNIS

Altersbegrenzungen sind im Ehrenamt fehl am Platze. Sobald und solange sich jemand körperlich und gesundheitlich in der Lage fühlt, bestimmte Aufgaben zu übernehmen, sollte man sie nicht durch Vorschriften reglementieren (z.B. Entpflichtung von Presbytern mit 75 Jahren). Im Bereich der Jugendlichen ist jedoch darauf zu achten, dass bei der Übernahme ehrenamtlicher Aufgaben der nötige Alters- und Reifegrad vorhanden ist, um der Ausübung der Funktion gerecht zu werden.



Ehrenamt-News

Frage 13:

Die Umsatzsteuerpflicht für die Träger von Freiwilligendiensten muss wegfallen. Freiwilligendienst ist kein Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis, es ist Bildungs- und Orientierungsjahr junger Menschen für die Bürgergesellschaft. Für junge Menschen müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die freiwilliges Engagement anziehend und sinnstiftend empfinden lassen (Studienplatz, Grundwehrdienst, Zivildienst, BAFÖG, Ehrenamt-Testat, Juleika, Fortbildungsseminare, Bildungskurse, Freizeitmaßnahmen). Wie können junge Menschen aus Ihrer Sicht besonders für die Freiwilligenarbeit gewonnen werden?



Die Klage darüber, dass sich junge Menschen nicht mehr so stark in Vereinen engagieren, ist kein Indiz dafür, dass die Bereitschaft zu sozialem Engagement zurückgeht. Die Jugendlichen haben vielmehr andere Erwartungen an ihr Engagement. Sie denken weniger organisationsorientiert, sondern projekt- und aufgabenbezogen, wie z.B. Projekte von Jugendlichen gegen Rassismus und Antisemitismus belegen. Insofern darf dieses „andere“ Engagement nicht nur als Krise oder Problem gesehen werden, sondern auch als Chance für soziale und gesellschaftliche Innovationen. Darüber gilt es mit den jungen Menschen zu diskutieren.



Zahlreiche Studien zeigen, dass junge Menschen ehrenamtlich sehr aktiv sind. Bürgerschaftliches Engagement hat auch für die jüngere Generation einen sehr hohen Stellenwert. Deshalb ist es wichtig, Rahmenbedingungen zu schaffen, die junge Menschen ermutigen, sich (weiterhin) ehrenamtlich zu engagieren. Die SPD-Fraktion hat dazu in unserem Papier „Jugend und Ehrenamt“ zahlreiche Forderungen gestellt, z.B.: einen Anspruch auf bezahlten Sonderurlaub für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit im Saarland durch Landesmittel sicherstellen.

Anerkennung langjähriger ehrenamtlicher Tätigkeiten in der Kinder- und Jugendarbeit als Ersatz zum Wehrdienst bzw. Zivildienst.

Die Vergabe wohnortnaher Studienplätze für Jugendliche, die sich ehrenamtlich engagieren.

Abschaffung der Studiengebühren, weil diese u.a. dazu führen können, dass junge Menschen weniger Zeit für freiwillige Tätigkeiten haben.



Die Liberalen

Um das Engagement von jungen Menschen zu stärken, muss es ein Bündel von Maßnahmen geben, zu dem die genannten Beispiele gehören. Darüber hinaus gilt es, den Kindern und Jugendlichen ehrenamtliches Engagement vorzuleben. Jemand, der in einer Familie aufwächst, in der sich die Eltern oder Geschwister bereits engagieren, wird sich mit höherer Wahrscheinlichkeit im Ehrenamt einbringen als jemand, der in seiner Familie keine solchen Beispiele erlebt. Außerdem können etwa soziale Projekte in Schulen und bereits in Kindertagesstätten dazu beitragen, dass alle Kinder erste Erfahrungen mit ehrenamtlichem Engagement sammeln und Ideen für eine spätere eigene ehrenamtliche Arbeit mitnehmen.

Wahlprüfsteine



Denkbar wäre, bereits in der Schule für freiwillige Dienste zu werben; teilweise ist das ja schon heute der Fall. Außerdem gilt hier wie in allen Bereichen: Die Rolle von Vorbildern ist nicht zu unterschätzen. Erfahrungsberichte und ein Austausch hierüber sind zu organisieren.

DIE LINKE.

Jugendliche müssen sich an der demokratischen Gestaltung des Gemeinwesens, des politischen und gesellschaftlichen Systems, an der Gestaltung ihrer eigenen Zukunft aktiv beteiligen können. Deshalb wollen wir als LINKE das Wahlalter auf 16 Jahre senken und die Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen stärken. Politik sollte insbesondere junge Menschen zu ehrenamtlicher Arbeit motivieren und dafür werben. Es ist aus unserer Sicht eine wertvolle Erfahrung, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen und soziale und demokratiefördernde Kompetenzen zu erwerben, die auch für andere Lebensbereiche bedeutsam sind. In diesem Sinne unterstützen wir den Erwerb der JuLeiCa und die Forderungen des Landesjugendrings zu deren Weiterentwicklung. Sinnvoll wäre auch die parallele Erhöhung der Zahl der geförderten Stellen von BildungsreferentInnen, die dringend zur Begleitung und Qualifizierung ehrenamtlicher Mitarbeiter benötigt werden. Bis zur endgültigen Abschaffung der unsozialen Studiengebühren im Saarland muss wenigstens der Schritt zur Erlassung der Studiengebühren für Ehrenamtliche gegangen werden. Auch die Erstattung von Lohnausfällen bei Ehrenamtlichen, die Jugendmaßnahmen leiten, betreuen oder sich ausbilden lassen, ist seit langem überfällig. Die Motive des Einzelnen, sich ehrenamtlich zu betätigen, sind sehr unterschiedlich - finanzielle Gründe längst nicht vorrangig. Wir müssen aber feststellen, dass es keine Chancengleichheit beim Zugang zum bürgerschaftlichen Engagement gibt. Um diese zu gewährleisten, bedarf es auch mehr als die derzeitige Gesetzeslage zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Bei den Einzelmaßnahmen der Reform des Gemeinnützigkeitsrechts handelt es sich im Wesentlichen um den Ausbau steuerlicher Abzugsmöglichkeiten. Das ist zwar zu begrüßen, kann aber nur ein Aspekt von vielen sein, wie Ehrenamt tatsächlich angemessen und wirkungsvoll unterstützt werden kann.

BÜRGERBÜNDNIS

Der Einsatz sollte durch entsprechende Leistungen, wie freier ÖPNV, deutliche Eintrittsermäßigungen für öffentliche Einrichtungen usw. und durch eine angemessene Entschädigung attraktiv gestaltet werden. Der recht häufig entstehende Eindruck (und gelegentlich auch Tatsache), dass hierdurch nur billige Arbeitskräfte gewonnen werden, muss in aller Form entgegen getreten werden.



Ehrenamt-News

Frage 14:

In der praktischen Arbeit in Freiwilligenorganisationen zeichnet sich mehr und mehr eine Kompetenzverlagerung von der öffentlichen Verwaltung zu Vereinen, Verbänden, Projekten und Initiativen hin. Dies darf aber nicht zu einem Sozialabbau führen. Wird der Staat sich vor allem um strategiebildende, regulierende, gewährleistende und moderierende Aufgaben kümmern und den Bürgern mehr Eigeninitiative und Eigenverantwortung übertragen? Dialog statt Dekret, Koproduktion statt Verhandlung, Verantwortungsteilung statt Verantwortungsübertragung sind die Gegensatzpaare und erfordern neue Denkansätze. Wie stehen Sie zu diesen Zukunftsaussichten?



In der Tat gibt es unter den ehrenamtlich Engagierten im Land die Befürchtung, dass bürgerschaftliches Engagement als Kompensation für einen reduzierten Sozialstaat missbraucht werden könnte. Die Bürgergesellschaft kann jedoch kein Ersatz sein für den Sozialstaat, aber sie muss ihn ergänzen. Auch muss der Staat seine Rolle als Schutzmacht der Schwachen wahrnehmen. Weder die Renten- noch die Krankenversicherung lassen sich bürgerschaftlich organisieren. Aber es gibt Bereiche der sozialen Sicherung, die nur mit oder von den Bürgerinnen und Bürgern gestaltet werden können, dies reicht von der persönlichen Gesundheitsvorsorge bis zur Integration älterer Menschen in unserer Gesellschaft.



Die SPD hat sich immer schon für mehr Demokratie und für eine stärkere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Entscheidungen, die sie betreffen, ausgesprochen. Das ist sozialdemokratisches Selbstverständnis. Ehrenamtliches Engagement darf staatliche Aufgaben aber nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. Wenn der Staat Bürgerinnen und Bürgern mehr Eigenverantwortung und Eigeninitiative überträgt, muss er auch dafür Sorge tragen, dass sie diese leisten können.



Die Liberalen

Für uns als Liberale sind Eigeninitiative und Eigenverantwortung des Einzelnen unverzichtbare Bausteine der Gesellschaft. Der Versuch, alles über den Staat zu regeln, entbindet die Menschen nicht nur von Verantwortung, sondern entmündigt sie und maßt sich an, besser zu wissen, was für den Einzelnen gut ist, als dieser selbst. Deshalb muss die Maxime für den Staat lauten: soviel Regulierung wie nötig und soviel Freiheit wie möglich.

Wahlprüfsteine



Es ist absolut sinnvoll, dem einzelnen Bürger mehr Verantwortung zu übertragen. Hiergegen hat der Staat bereits jetzt nichts – und grade wir von Bündnis90/Die Grünen sind die Partei, die Eigenverantwortung und die Stärkung demokratischer Rechte besonders in den Vordergrund hebt. Es muss jedoch dabei garantiert sein, dass keiner der Schwächeren in unserer Gesellschaft alleine gelassen wird. Eine breite Information und ein funktionierendes Hilfsangebot sind dort zu garantieren, wo andere Strukturen nicht mehr tragen.

DIE LINKE.

Jenseits dessen, was Politik in diesem Bereich leisten kann, halten wir als LINKE eine konzertierte Aktion für sinnvoll, die das Ziel hat, ehrenamtlichem Engagement eine breite Anerkennung in der Bevölkerung zukommen zu lassen. Dies ist auf dem Verordnungsweg zwar nicht zu erreichen. Jedoch können politische und gesellschaftliche Akteure Anstöße in diese Richtung geben.

Ehrenamtliches Engagement kann und darf kein Ersatz für staatliche Leistungen sein. Die LINKE vertritt das Konzept des Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, nach dem gesellschaftlich notwendige Arbeit, die bislang in der Regel un- oder unterbezahlt ist, in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden soll. Denn eine Gesellschaft, die notwendige Arbeit allein dem Ehrenamt überlässt, ist weder solidarisch noch gerecht.

BÜRGERBÜNDNIS

Es ist ein Unding, dass gerade die gut bezahlten Politiker und Verwaltungschefs vollmundig für das unentgeltliche ehrenamtliche Engagement ihrer Bürger votieren und sich selbst überwiegend zurückschlagen. Die Rahmenbedingungen müssen daher deutlich durch entsprechende Anreize verbessert werden. Ehrenamt darf nicht zu einer staatlich kalkulierten fest eingepflanzten unentgeltlichen Tätigkeit gewandelt werden.

Die Dienste wie der Pflichtwehrdienst, der zivile Ersatzdienst und das FSJ wie auch weitere Dienste sollten bezogen auf krankens- und sozialversicherungsrechtliche Aspekte, Besteuerung und Anerkennung bei der Altersvorsorge wesentlich stärker vereinheitlicht und mit klaren Grundregeln festgeschrieben werden. Hiermit vorhandene Belastungen wird man seitens des Staates übernehmen müssen, weil einige Sozialträger zur Übernahme solcher Kosten nicht in der Lage sind, oder je nach Leistungsfähigkeit der Organisation eine ungleiche Behandlung und unterschiedliche Bedingungen Anwendung finden. Dies ist nicht akzeptabel. Die Überlegungen zur grundsätzlichen Ableistung eines sozial verpflichtenden Dienstes für alle Jugendlichen/Heranwachsenden, in welcher Einrichtung auch immer, ist als bürgerschaftliches Engagement erstrebenswert. Vielfach bleiben die Dienstleistenden auch nach Ableistung des Dienstes dabei, weil sie die soziale Gemeinschaft innerhalb dieser Organisationen zu schätzen gelernt haben.



Ehrenamt-News

Frage 15:

Das bürgerschaftliche Engagement muss für die Zukunft vorbereitet werden. Gesellschaftliche Veränderungen wie familiäre Defizite, Alterspyramide, zunehmende Vereinsamung, ökologische und ökonomische Einschränkungen müssen aufgefangen werden. Dies kann nur durch mehr Eigenverantwortung, mehr Selbstverwaltung und eine Machtverlagerung für Entscheidungen von der politischen Ebene in die Freiwilligen Strukturen geschehen. Teilen Sie diese Sicht der Zukunftsentwicklung für die Freiwilligenarbeit/das Ehrenamt?



Jedes bürgerschaftliche Engagement beginnt damit, dass der Einzelne Verantwortung für sich selbst übernimmt. Aufgabe der Politik ist es, Eigenverantwortung zu ermöglichen und Eigenverantwortung einzufordern. Im Gegenzug muss sich die Politik in der Bürgergesellschaft öffnen für die Beteiligungs- und Gestaltungswünsche der Bürgerinnen und Bürger. Eine starke Demokratie lebt einerseits von Wahlen und Abstimmungen, andererseits aber auch von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an wichtigen gesellschaftlichen Projekten. Aktive Bürgerinnen und Bürger wollen mitreden und mitgestalten, sie wollen gehört und mit ihren Anliegen ernst genommen werden. Und sie wollen vom Staat nicht bevormundet werden. Die Politik muss sich auf diese veränderten Bedürfnisse einstellen. Das bedeutet kurzfristig, die Meinungen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger stärker in die Politikformulierung und das Handeln der Verwaltungen einfließen zu lassen. Es bedeutet mittelfristig, über neue Elemente der direkten Demokratie nachzudenken.



Ehrenamtliches Engagement darf nicht an finanziellen Möglichkeiten scheitern. Jeder, der sich ehrenamtlich engagieren will, sollte dies auch tun können. Deshalb müssen Lösungen gefunden werden, wie dies erreicht werden kann. Ehrenamtliches Engagement ist für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Die großen gesellschaftlichen Veränderungen, vor denen wir stehen, können durch freiwillige und ehrenamtliche Arbeit zwar nicht komplett aufgefangen, aber sicherlich abgemildert werden. An vielen Themen, z.B. beim Klimaschutz oder der aktuellen Finanzkrise, zeigt sich, dass wir wieder mehr öffentliche Verantwortung brauchen. In Zukunft wird es demnach noch viel mehr darauf ankommen, dass Menschen sich engagieren, dass Menschen sich füreinander einsetzen. Auf diese Weise können viele Probleme auf der Ebene des Ehrenamts gelöst werden. Mehr Eigenverantwortung und mehr Selbstverwaltung sollten daher Ziele sein, die es in die Tat umzusetzen gilt.



Die Liberalen

Die Verlagerung von Entscheidungen von der Politik in die Freiwilligen Strukturen bedeutet nicht nur mehr Eigenverantwortung, sondern bringt die Entscheidungen noch näher an die Menschen heran, die sie betreffen. In diesem Sinne erreicht sie bürgernahe Entscheidungen und ist zu begrüßen.

Wahlprüfsteine



Ja! Zumal es Wege in ein selbstbestimmteres Leben sind. Dafür wollen wir Handlungsspielräume erweitern und entsprechende Strukturen bereitstellen.

DIE LINKE.

Ehrenamtliches Engagement kann und darf kein Ersatz für staatliche Leistungen sein. Die LINKE vertritt das Konzept des Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, nach dem gesellschaftlich notwendige Arbeit, die bislang in der Regel un- oder unterbezahlt ist, in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden soll. Denn eine Gesellschaft, die notwendige Arbeit allein dem Ehrenamt überlässt, ist weder solidarisch noch gerecht.

BÜRGERBÜNDNIS

Zu dieser Frage können wir Sie nur beglückwünschen. Sie trifft den Kern unserer heute reglementierten, instrumentalisierten und vor allen Dingen zu stark (partei-)politisierten Gesellschaft. Politische Funktionsträger, insbesondere wenn sie sich für besonders wichtig und unverzichtbar halten, meinen immer „die Finger drin haben zu müssen“. Dies ist vielfach kontraproduktiv.

Sie appellieren hier zu recht an das eigene soziale Engagement und die Konzeption und Struktur solcher Systeme in entsprechender Eigenverantwortung. Dies ist Ausdruck und Pflicht jeder Bürgergesellschaft, die sich stärker als bisher auf die eigenen sozialen Werte und die Verantwortung jedes einzelnen Bürgers im Rahmen seiner Möglichkeiten besinnen muss. Staatliche Reglementierung und vor allen Dingen politische Einflussnahme sollte hier auf das unmittelbar notwendige Maß begrenzt werden. Uns war noch nie einsichtig, warum bei Sportvereinen die Führungspositionen von „verdienten“ Politikern (z.B. Saar 05; Anita Girst) und dies vielfach noch nach Proporz (z.B. 1. FCS Klimmt, Meiser, Hinschberger) besetzt werden müssen.



Für Technik begeistern

Die „Sieben-Labore-Tour“, eine Experimentier- und Forschungswoche für Schüler, ist eines von vielen Projekten der Pilotregion Saarland, die Teil der Initiative der Bertelsmann Stiftung „Unternehmen für die Region“ ist.

In der Pilotregion Saarland wollen engagierte Unternehmer das erfolgreiche Konzept der „Sieben-Labore-Tour“ nutzen, um Experimentierlust und Technikbegeisterung weiter zu fördern und langfristig in die Zukunft der Jugend und ihrer Region zu investieren: Die „Sieben-Labore-Tour“ wird Baustein einer Partnerschaft zwischen Schulen und Unternehmen.

In der „Sieben-Labore-Tour“, initiiert vom Saarlaborverbund, können technikbegeisterte Schüler eine Woche lang in sieben Hochschullaboren der Universität und der HTW des Saarlandes in die Welt der Wissenschaft eintauchen: im NanoBioLab der Chemie, dem Mach-mit-Labor der Biochemie, dem Centrum für Nanoanalytik der Physik, dem

SinnTec-Labor der Mechatronik, dem Schülerumweltlabor der Geografie, dem Biologie-Labor für Mikrobiologie und Bioverfahrenstechnik oder dem Labor der Werkstoffwissenschaft. Zukunftsorientiert, originell, dem Gemeinwohl verpflichtet und richtungweisend – das sind offiziell erklärte Kriterien für die Auswahl der besonderen Ideen-Orte im Land der Denker, Erfinder, Künstler und Wissenschaftler. Das Thema der Saarländischen Unternehmer heißt: „Jugend, Technik und Beruf“ – mit dem Motto: „In Zukunft investieren - für Technik begeistern!“

Engagement bündeln und vor allem Synergien schaffen ist eine Stärke der saarländischen Unternehmer. Diese Partnerschaften sind eine freiwillige Selbstverpflichtung zu gemeinsamen Projekten über eine bestimmte Laufzeit hinweg. Welcher Art und Form die Projekte sind, wird zwischen den Beteiligten ausgemacht.

Gewonnen haben alle



„Gewonnen haben bei der Gestaltung des ‚Brunnenweges‘ alle beteiligten Partner“, ist sich WZB-Geschäftsführer Elmar Schneider sicher. Um den Wanderweg in der Gemeinde Spiesen-Elversberg auch für Menschen mit Behinderung attraktiv zu gestalten, haben das Werkstattzentrum für Menschen mit Behinderung (WZB), die Lebenshilfe Neunkirchen, die Gemeinde Spiesen-Elversberg, der Heimatverein Spiesen und die Landesarbeitsgemeinschaft „Pro Ehrenamt“ erfolgreich zusammengearbeitet.

Die Lebenshilfe habe mit der Beteiligung an der Herrichtung des Brunnenweges ihr Konzept vom barrierefreien Wandern verfolgen können, das WZB durch die Gestaltung der Wegweiser und des Flyers einen Imagegewinn in der Region erzielt, die Gemeinde und der Heimatverein ihr Ziel, einen attraktiven Wanderweg einzurichten, schneller erreicht und die LAG „Pro Ehrenamt“ könne den Erfolg verbuchen, ein solches Projekt angestoßen und koordiniert zu haben, führte Schneider weiter aus. Der Brunnenweg führt durch die Wälder rund um Spiesen-Elversberg gleich an drei Brunnenanlagen vorbei. Hinweisschilder erläutern die einzelnen Sehenswürdigkeiten. „Es geht darum, für gemeinnützige Projekte nicht nur Geld, sondern auch Zeit zu spenden“, betont Müller, Vorsitzender der LAG „Pro Ehrenamt“ e.V.

Hallo Kinder, ...

... wir bauen Abenteuerspielstationen, trainieren an der Kletterwand, balancieren wie die Weltmeister, toben und entspannen mit netten Übungsleitern.

Jede Woche etwas anderes, jede Woche Spiel und Spaß, kommt nach Homburg zum Verein „Kids in Motion“ (KIM), vielleicht bald auch in anderen Orten des Saarlandes.“ Dies sind die Grundwerte eines neuen gemeinnützigen Vereins, der im Oktober von erfahrenen Sportlehrern und Übungsleitern gegründet wurde.

Ziel ist es, Haltungsprobleme und Haltungsschwächen spielerisch zu korrigieren. Für Eltern eine wichtige Information in der neuen KIM-Broschüre:

Wussten Sie,

- ... dass Ihr Kind viel besser lernt, wenn es 30 – 60 Minuten Sport vor den Hausaufgaben treibt?
- ... sich nachweislich die Schulnoten verbessern und Kopfschmerzen reduzieren, wenn die Feinmotorik des Kindes trainiert wird?
- ... sich Sozialkompetenz und Hilfsbereitschaft durch Bewegungstraining der beiden Gehirnhälften verbessern?

Das Training findet montags und donnerstags von 15-16 Uhr (7-10 Jahre), 16-17 Uhr (11-14 Jahre) statt.

Informationen bei Heike King (06841/9246500), Email: kim@nettmail.de. 1.Vorsitzender: Rainer Fiebig

Impressum

Verantwortlich für den Inhalt: Frank Hennrich und Hans Joachim Müller, 1.Vorsitzender, Tel. 06893/1373 pr, Fax 06893/6447, E-Mail: lag@pro-ehrenamt.de, Landesarbeitsgemeinschaft PRO EHRENAMT e.V., Tel 0681/3799-264, Fax 0681/3799-269. Internet: www.pro-ehrenamt.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.